

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblattausgabe

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblattausgabe“ Nr. 6050-52.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Bezugspreise: Durch den Verlag bezogen: M. 4.80 monatlich, M. 14.40 vierteljährlich, ohne
Zugabe; durch die Post bezogen: M. 6.— monatlich, M. 18.— vierteljährlich, mit Bestell-
geld. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabebesteller, die Träger und alle
Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Be-
zieher keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.



Anzeigenpreise: Ortsliche Anzeigen M. 1.50, auswärtige Anzeigen M. 2.20, Briefliche Anzeigen M. 6.—
auswärtige Anzeigen M. 8.— für die einseitige Kolonisation oder deren Raum. — Bei wieder-
holter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechende Nachlässe. — Schluss der Anzeigen-
Annahme für beide Ausgaben: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an
vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 9, Volkstraße 18, Fernsprecher: Amt Zentrum 11435-11437.

Mittwoch, 12. Oktober 1921.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 463. + 69. Jahrgang.

Zwei Ministerreden.

Zwei leitende Minister, der deutsche Reichskanzler Bismarck und der französische Ministerpräsident Briand, zwei politische Antipoden, haben wichtige Reden gehalten, der eine im katholischen Arbeiterverein zu Offenburg und der andere in St. Nazaire vor geladenen Gästen. Beiden Reden ist das Bestreben gemeinsam, die Zuhörer und das hinter ihnen stehende gesamte Volk vor Enttäuschungen zu bewahren durch ungeschminkte Schilderung der Wahrheit und der Tatsachen.

Briands Rede war in der Hauptsache eine innerpolitische, an das eigene Land gerichtete. Aber als Leitmotiv für die nahe bevorstehende Parlamentstagung mußte sie auch die auswärtige Politik mit behandeln. So, derjenige Teile der Rede, der sich auf die Beziehungen der französischen Regierung zu Deutschland erstreckte, war der bedeutsamste und wichtigste. Hier schlug Briand, im Gegensatz zu seinem Amtsvorgänger Clemenceau, ganz neue, für französische Ohren noch ungewohnte Töne an. Ausdrücklich erklärte er die Loyalität des Reichskanzlers Bismarck bei der Durchführung der Erfüllungspolitik an. Die vorgeschriebenen Zahlungen seien geleistet und die angeordneten Entlassungen durchgeführt worden. In der französischen Kammer hoffe deshalb Briand demnächst für seine Politik gegenüber Deutschland nicht nur Kritik, sondern auch Anerkennung zu finden. Noch überraschender waren seine Aussagen über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland, die der Versailler Vertrag geschaffen habe. Er stellte seinen Zuhörern nichts mehr und nichts weniger vor Augen als die glatte Unmöglichkeit der Erfüllung der Geldforderungen des Versailler Vertrags durch Deutschland. Dessen Zahlungsverpflichtung habe zur Zeit der Festsetzung 250 Milliarden Papiermark umfaßt und betrage heute infolge des katastrophalen Sturzes der Mark 4000 Milliarden Papiermark. Die Schwankungen des Wechselkurses zögen alle Völker, auch die Sieger, infolge der gegenwärtigen wirtschaftlichen Abhängigkeit voneinander, in Mitleidenhaft. Es bleibe nichts anderes übrig, als daß die Großindustriellen und die großen Finanzleute der Welt im Interesse aller Länder sich solidarisch zusammenschließen, um mit Hilfe der Weltsolidarität das wirtschaftliche Gleichgewicht wieder herzustellen.

Die Ausführungen Briands können nicht anders als der Beginn einer neuen französischen Politik gegenüber dem eigenen Lande gedeutet werden. Der Irrwahn, in dem man Jahre und Monate getaumelt ist, daß Deutschland alles bezahlen werde, weil man es mit Gewalt dazu zwingen könne, beginnt sich zu verflüchtigen. An seine Stelle tritt die Erkenntnis, daß mit Deutschlands Ruin auch der Niedergang und Zusammenbruch Frankreichs unrettbar verbunden ist. Schon jetzt stockt überall der Handel, die Arbeitslosigkeit nimmt in erschreckendem Maße zu, die daraus entspringenden Schwierigkeiten für die Regierungen wachsen täglich. Und wie in Frankreich, geht es in England, in Italien und selbst in Amerika, das vor seinen hoch aufgetapeten Warenvorräten im eigenen Golde sozusagen erstickt. Überall wächst die Erkenntnis unter den führenden Geschäftsleuten und Bankmännern, aber auch in den Regierungen und in den Völkern, daß eine wirtschaftliche Weltsolidarität besteht, die nicht weiterhin ungeachtet durch rohe politische und militärische Gewaltmittel mißhandelt werden darf. Daß diese Erkenntnis nun auch in Frankreich dämmert und von dem führenden Staatsmann bereits öffentlich vertreten wird, ist ebenso erfreulich wie bedeutsam.

Von der brennendsten politischen Gegenwartsfrage, von Oberschlesien, hat Briand kein Wort gesprochen. Um so mehr tat das der deutsche Kanzler in seiner Offenburger Rede. Die letzten aufregenden Meldungen über angebliche Entscheidungen des Völkerbundesrates in Genf stammen zwar sämtlich aus französischen Quellen und sind deshalb mit großem Mißtrauen zu bewerten. Aber immerhin glaubt doch offenbar auch der deutsche Reichskanzler unmittelbar vor der ober-schlesischen Entscheidung befondere Ursache zu Unruhe und Besorgnis zu haben. Deshalb spricht er noch einmal vor seiner Rückreise nach Berlin zu seinen katholischen Hörern und zum deutschen Volk, aber auch zu den gegenwärtigen Machthabern der Welt von der Bedeutung Oberschlesiens für das deutsche Wirtschaftsleben und für den künftigen Weltfrieden. Wollte man den deutschen Wirtschaftskörper atmen lassen, so dürfte man ihm nicht durch Drohungen mit unausführbaren Zahlungen und mit neuen Sanktionen den Atem rauben. Wer aus Oberschlesien künstlich ein neues selbständiges Land zurechtschneiden wolle, der lege zwischen Deutschland und Polen „einen verpestenden politischen Leichnam“. Das dürfe nicht geschehen. Deutschland wolle

ehrliche Erfüllungspolitik treiben; aber einen sehr wichtigen Posten bei unserer Zahlungsbereitschaft bilde nun einmal Oberschlesien. Auch Wirth forderte wie Briand, daß der Krieg endlich aufhöre und daß alle verständigen Menschen sich an einen Tisch setzen, um zu beraten, wie der drohenden wirtschaftlichen Krise in der ganzen Welt entgegenzuwirken werden könne. Anders wie Briand hat Wirth bei dieser Forderung sein Volk in allen Parteien und Berufsschichten von Ludendorff bis Ledebour, von Industrie, Handel und Landwirtschaft bis zu den Arbeitergewerkschaften und Handwerkerzergemeinschaften geschlossen hinter sich. Die Verhandlungen, die er in den nächsten Tagen mit den großen Berufsverbänden und mit den tragenden Parteien der Mitte führen will, werden das aufs neue bestätigen. Möge auch Briand in seiner nationalpolitischen Kammer und in seinem Volke bald eine Verständigungsmehrheit finden!

Der englische Standpunkt.

Dz. London, 11. Okt. Die Blätter weisen in Telegrammen aus Berlin auf die in Deutschland herrschende „gefährliche Spannung“ bezüglich der erwarteten Entscheidung des Völkerbundes in der ober-schlesischen Frage. Die Beratung zwischen dem Außenminister Dr. Rosen und dem deutschen Botschafter in London, Schöner, sowie die unmittelbare darauf erfolgte Abreise des Botschafters nach London, wird hervorgehoben. — Der Berliner Berichterstatter der „Daily News“ schreibt unter Bezugnahme auf die letzte Verzögerung und die dauernde Verschiebung der ober-schlesischen Entscheidung durch die Alliierten, der Bogen sei überspannt worden. Wenn die Entscheidung in der ober-schlesischen Frage sich als ungünstig für Deutschland erweisen sollte, so müßte das schlimmste befürchtet werden.

Der diplomatische Berichterstatter der „Daily News“ schreibt: Der Völkerausschuss in Genf habe keinen Entschluß in der ober-schlesischen Frage so gut wie bereit, und dieser Beschluß sei von Balfour und Bourgeois im Prinzip angenommen worden. Gemisse Einwände seien von italienischer Seite erhoben worden, die jedoch nicht als ernst angesehen werden, und selbst wenn Italien darauf bestehen sollte, dies nur bedeuten würde, daß die Annahme des Völkerbundesrates auf einen Mehrheitsbeschluß und nicht auf einen einstimmigen Beschluß gegründet sein würde.

Der diplomatische Berichterstatter der „Daily Chronicle“ schreibt, die Meldung aus Genf, daß in letzter Stunde der Versuch unternommen werden würde, die bevorstehende Entscheidung des Völkerbundesrates in der ober-schlesischen Frage zu beeinflussen, entspreche nicht den Tatsachen. Aber die Art der Verhandlung sei nichts Endgültiges bekannt. Die Hinweise darauf vermehren sich jedoch, daß der Völkerbundesrat mehr oder weniger einen Ausgleich zwischen den beiden entgegengesetzten Ansichten suche. Es brauche kaum gesagt zu werden, daß eine solche Lösung vom britischen Standpunkt nicht als eine befriedigende angesehen werden könne, einfach aus dem Grunde, weil sie nach britischer Ansicht mit einer dauernden Stabilität in jener schwierigen und gefährlichen Ecke Mitteleuropas nicht vereinbar sein würde. Sollte dies die formelle Entscheidung des Völkerbundes sein, so werde England sie annehmen müssen. England habe sich gebunden und könne keinen Einwand erheben. Eine größere Frage komme jedoch in Betracht; es würde ungünstig sein, wenn in der Geschichte des Völkerbundes ein Präzedenzfall geschaffen werden würde, indem der Bund eine schiedsgerichtliche Entscheidung treffe, die nur ausgleichender Art sei. Das künftige Prestige des Völkerbundes als schiedsgerichtliche Körperschaft hänge in großem Maße von der Güte der Entscheidung ab, die in Fragen dieser Art gefällt werden.

Auch der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ stellt nachdrücklich in Abrede, daß die britische Regierung oder Lord George versuchten, sich in die Arbeit des Völkerausschusses des Völkerbundesrates für die ober-schlesische Frage einzumischen. Selbst Balfour habe sich von der Tätigkeit des Völkerausschusses vollkommen ferngehalten, und die britischen Sachverständigen für die ober-schlesische Frage seien seit langem aus Genf abgereist. Die britischen Minister seien entschlossen, sich an ihre Verpflichtung, die Empfehlung des Völkerbundesrates anzunehmen, zu halten, ohne Rücksicht auf ihre persönliche Ansicht über die wirtschaftliche Seite der neuen Grenzlinie.

Der Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, die deutschen Minister und Publizisten entfachten eine große öffentliche Bewegung unter der Annahme, daß der Völkerbund eine Teilung Oberschlesiens beschließen werde. Sie sollten verstehen, daß unter den augenblicklichen Umständen Appelle Berlins in London nicht angebracht und vollkommen zwecklos seien. Die Entscheidung des Völkerbundes müsse gelten und werde bestimmt in England respektiert werden.

Dz. Paris, 11. Okt. Bertinax erklärt, wenn man im Schilde des Völkerausschusses noch nicht zu einer Einstimmigkeit gekommen sei, so sei es, weil Italien (vertreten durch den Marquis Imperiali) und die Downingstreet zu hohe Forderungen stellten. Obgleich es demitiert worden sei, daß Bismarck nach London gegangen sei, um dem Ministerpräsidenten den Bericht zu legen, der empfohlen werde, mitzutheilen, so liege doch kein Anzeichen dafür vor, daß Lord Georges Gedanken kein Mittel gefunden hätten, um sich auszuwirken.

Keine weiteren Truppenverstärkungen für Oberschlesien

Dz. Paris, 11. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Die „Chicago Tribune“ meldet: In der Sitzung der Botschafterkonferenz haben die Vertreter von England und Italien die Ansicht vertreten, daß die gegenwärtig in Oberschlesien befindlichen Truppen stark genug seien, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Aus diesem Grunde sei auch kein Beschluß gefaßt worden.

Der Ernst der Stunde.

Br. Berlin, 11. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Sofort nach der Rückkehr Dr. Wirths fand gestern Abend eine Kabinettsitzung statt, die von 10.30 bis 1 Uhr nachts dauerte. Sämtliche Minister nahmen an ihr teil. Minister Dr. Rosen erstattete einen Bericht über die Lage, an den sich eine ausgedehnte Aussprache anschloß, die aber in der Nacht nicht mehr beendet wurde. Heute vormittags 10 Uhr ist die Reichsregierung erneut zu einer Sitzung zusammengetreten, um die Aussprache und den Bericht Dr. Rosens fortzusetzen. Der auswärtige Ausschuss des Reichstages, dessen Vorsitzender Abg. Dr. Stresemann ist, ist für morgen einberufen worden. Hier dürfte allen Fraktionen Gelegenheit zu Protesten gegen die Pläne gegeben sein, die in Genf über das Schicksal Oberschlesiens getroffen werden, um der Entente Marzulegen, daß Deutschland seinen Reparationsverpflichtungen nicht nachkommen kann, wenn ihm die ober-schlesischen Kräfte genommen werden. In diesem Sinne dürfte auch die deutsche Arbeiterdelegation, die sich in letzter Stunde nach England begeben hat, versuchen, aufklärend in England zu wirken. Wie die „B. Z.“ schreibt, kennzeichnet die vorzeitige Rückkehr des Reichskanzlers, die sofortige Abhaltung eines Kabinettsrates und die Einberufung des Reichsausschusses für auswärtige Angelegenheiten den Ernst der Lage. Es handelt sich um Probleme der Gesamtpolitik und das Reichsabinett wird sich zu einer Stellungnahme gezwungen sehen, die, wie die „B. Z.“ bemerkt, auch den Rücktritt der Reichsregierung bedeuten kann. In dem heutigen Kabinettsrat dürfte die Entscheidung hierüber fallen.

Flüchtende Oberschlesier.

Br. Rattowitz, 11. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Samstag trafen in Rattowitz 70 deutsche Bürger aus Friedenshütte ein, die durch Bedrohung der Polen zur Flucht gezwungen waren. Die Polizeiverwaltung sorgte für ihre Unterbringung. Auch aus Lipine und anderen Ortschaften kamen deutsche Flüchtlinge nach Rattowitz.

Hermann Müller über Koalitionspolitik.

Br. Stuttgart, 11. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Der Reichstagsabgeordnete Hermann Müller führte in der Landesversammlung der Sozialdemokratie Württembergs aus, so lange die Sozialdemokratie nicht die Mehrheit habe, müsse sie Koalitionspolitik treiben. Die Unabhängigen stünden ihr näher als die Deutsche Volkspartei. Trotzdem sei eine Koalition von der Reichssozialdemokratie bis zu der Deutschen Volkspartei im Reich möglich, wenn beide Parteien den Willen des Volkes und die Staatsnotwendigkeiten über die Parteinteressen stellten.

Die Entschädigung der Auslandsdeutschen.

Bd. Berlin, 11. Okt. In den Kreisen der Kolonial- und Auslandsdeutschen herrscht beängstigende Unruhe darüber, daß die Ausführungsbestimmungen zu den Entschädigungsgesetzen noch nicht erlassen sind. Mitglieder verschiedener Parteien, unter ihnen die Demokraten Dietrich, Haas, Weiteren, haben eine kleine Anfrage an die Reichsregierung gerichtet, ob sie bereit ist, diese Bestimmungen unverzüglich dem durch die Gesetze vorgesehenen 15er-Ausschuss des Reichstages vorzulegen.

Keine Verwendung der Ludendorff-Spende zu Agitationszwecken.

Br. Berlin, 11. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Auf den Vorwurf eines Berliner Blattes, daß 100 Millionen Mark aus der Ludendorff-Spende für Agitationszwecke für sozialdemokratische Wahlzwecke verwendet worden seien, erklärt der „Vorwärts“: Die sozialdemokratische Partei hat auch nicht einen Pfennig, geschweige denn 100 Millionen Mark aus der Ludendorff-Spende zu Agitationszwecken erhalten.

Das Wiesbadener Abkommen in der Reparationskommission.

Dz. Paris, 11. Okt. Das Wiesbadener Abkommen ist gestern von der französischen Regierung der Reparationskommission mitgeteilt worden. Die Kommission wird unverzüglich mit der Prüfung beginnen. Man glaubt, daß sie ihre Ansicht schon im Laufe der nächsten Woche bekanntgeben wird.

Abrüstung und militärische Sanktionen.

Dz. Paris, 11. Okt. (Eig. Drahtbericht.) „L'Europe“ meldet aus Paris: Aus den Berichten des General Koller ginge hervor, daß Deutschland in der Abrüstung den Versailler Vertrag erfülle. „Intransigent“ meint, General Koller müsse sich nun noch mit der Schulpolitik befassen. Ohne Kenntnis der deutschen Politikorganisation behauptet man, sie müßte mehr dezentralisiert werden und man verzicht dabei die Vorfälle, wie sie zum Beispiel im März 1921 in Mitteldeutschland vorgekommen sind. Ein Berichterstatter der „Polnischen Zeitung“ meldet aus Paris: Die Frage der Aufhebung der militärischen Sanktionen sei eine interalliierte Angelegenheit, die zurzeit nicht zur Diskussion zu stellen sei. Die Nachricht, Frankreich wolle die Aufhebung der militärischen Sanktionen vom Ausfall der Washingtoner Konferenz abhängig machen, sei erfunden.

Die Washingtoner Konferenz.

Dz. London, 9. Okt. Den Blättern wird aus New York gemeldet: Eine Nachricht aus Tokio vom 7. Oktober besagt, daß die japanische Regierung beschloßen haben soll, der Washingtoner Konferenz zwei ergänzende Fragen vorzulegen. Die eine soll sich auf den französischen-japanischen Streit bezüglich der Zolltarife Indochinas beziehen, die andere auf Australien. Die japanische Regierung soll in Australien Gleichheit der Behandlung in Handelsfragen gefordert haben. Weiter wird gemeldet, daß die Verhandlungen zwischen der japanischen und der chinesischen Regierung über die japanischen Rechte in Sibirien in eine Sackgasse geraten seien. Man folgert daraus, daß die japanischen Truppen wahrscheinlich in Sibirien bleiben werden.

Die Regierungsbildung in Thüringen.

Die vor einigen Tagen erfolgten Neuwahlen des thüringischen Landtagspräsidents hatte als Lustspiel schon erkennen lassen, welchen Lauf die Dinge bei der Regierungsbildung nehmen würden. Es hatte sich ein Links-Block aus den beiden sozialistischen Parteien und den Kommunisten gebildet, der über die gewählte Mehrheit von zwei Stimmen verfügte und die Präsidentschaft unter sich verteilte. Dasselbe rechte Blockpolitis hat dieser Links-Block nun auch bei der Regierungsbildung ausgeübt und die Ministerposten vier Mehrheitslisten und drei unabhängigen übertragen. Denn auch der angeblich parteilose Minister für Justiz und Volksbildung, Herr v. Brandenstein, muß den Mehrheitslisten zugerechnet werden. Die Begründung, welche die beiden sozialistischen Parteien für die Notwendigkeit der Bildung einer reinen sozialistischen Regierung im Landtage abgegeben haben, daß nämlich in Thüringen eine wirklich republikanische Regierung eingesetzt werden müsse, die den Schutts der neuen Staatsformen absolut verbürge, ist mehr als tadelschuldig; denn das wäre in der Tat kein Grund gewesen die Demokraten auszuschließen. Diese freilich erstrebten einen Block der Mitte, der zweifelslos möglich gewesen wäre, da selbst der Landtag seine Bereitwilligkeit zur Mitarbeit in der Regierung ausdrücklich erklärt hat. Nicht ganz annehmbar am Scheitern dieses Blocks der Mitte ist freilich zum Teil die deutsche Volkspartei, die an ihrem Führer, einer alten schwarzburgischen Erbschaft, festhielt, statt auf den guten Rat weltläufiger Reichsausschüsse, wie Stresemann, v. Cams und Kahl zu hören und dementsprechend zu handeln, d. h. aus der Rechtsfraktion auszutreten und die Monarchie vorübergehend ad acta zu legen. Es ist bedauerlich, daß die Mehrheitslisten dem Landtage diesen Versuch der Bildung einer breiten Mitte gar nicht gemacht und sich leichtfertig über den Willen des Reichstages hinweggesetzt hat. Eine solche Koalition hätte den Vorzug einer reinen Mehrheit gehabt, während das jetzige einseitige Parteiparlement nur über zwei Stimmen Mehrheit verfügt, und dabei noch auf die höchst unzuverlässige wohlwollende Neutralität der Kommunisten angewiesen ist. Ob dieser Block arbeitsfähig sein und Bestand haben wird, wird sich zeigen müssen. Die Demokraten jedenfalls haben in einer Erklärung den Regierungsvorschlag abgelehnt. Ihre drei Vertreter im Landtage, darunter der Vater der thüringischen Verfassung, der Senner Professor Dr. Rolenthal, werden sachliche Arbeit leisten.

Demokratischer Studententag.

Br. Berlin, 11. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Unter starker Beteiligung aus allen Teilen Deutschlands, auch aus Österreich, hielt am 6. und 7. Oktober der Reichsbund deutscher demokratischer Studenten im Weimarer Hof zu Jena seine Tagung ab. Die Deutsche demokratische Partei war vertreten durch die Abgeordneten Prof. Dr. Gerland, Prof. Dr. Gock und Prof. Dr. Krüger. Nach Eröffnung des Tages durch den Reichsbund der Deutschen Demokratischen Partei und nach dem Bericht des Reichsbundes über die Tätigkeit der Partei in der Reichstagssession, wurde die Tagesordnung in der Reihenfolge: „Unser Stellung zur Jugendbewegung“, und „Bandmann-Damberg über: „Unsere Stellung zur Sozialpolitik“. An diese Vorträge knüpfte sich eine ausgedehnte Aussprache unter besonderer Berücksichtigung der Frage, wie in Zukunft von den demokratischen Studenten an den Hochschulen für die Demokratie gearbeitet werden muß. Danach betrachtete sich die demokratische Studentenarbeit mehr noch als bisher als Teil der gesamten demokratischen Jugendbewegung und erstrbt im Verein mit ihr eine Verinnerlichung deutscher Politik im allgemeinen und der demokratischen Politik im besonderen. Bei den Vorstandswahlen lebte der Grundsatz der Selbstverwaltung, Dr. Wilhelm Mommen-Berlin, eine Wiederwahl ab; an seiner Stelle wurde gewählt Hans Hellmut Preuß, der Sohn des früheren Reichsministers.

Die Notlage der Rentner.

Bb. Berlin, 11. Okt. Infolge der fortschreitenden Entwertung des Geldes und der damit verbundenen Verteuerung aller zum Lebensunterhalt erforderlichen Gegenstände sind alle Rentner, die auf ein festes, nicht steigendes Einkommen angewiesen sind, in drückender Notlage. Namentlich die sogenannten Kleinrentner, besonders wenn sie noch für Angehörige zu sorgen haben, sind schwerer betroffen und schwerer Geld ausreicht. Die bisher vertriehten Mittel zur Abhilfe des Reichstages hat deshalb die Einleitung eines Ausschusses von 25 Mitgliedern beantragt, der in Gemeinschaft mit der Reichsregierung die zur wirklichen Abhilfe des Notstandes erforderlichen Vorstöße machen soll.

Die Zeiten ändern sich.

Br. Berlin, 11. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Mitglieder der Deutschen Volkspartei haben eine kleine Anfrage an die Reichsregierung gerichtet, ob die Bestimmungen, daß Margarine nicht in denselben Räumen feilgehalten und verkauft werden darf, in denen Butter feilgehalten und ver-

kauft wird, aufgehoben werden kann. Diese Bestimmung, die von der linken Seite des alten Reichstages stets bekämpft worden ist, stammt aus dem Margarinegesetz vom Jahre 1897. Zu dieser Zeit wurde von agrarischer Seite in bestiger Kampfer gegen die Margarine geführt, von der man eine Konkurrenz für die Butter fürchtete. Während die Parteien sich darüber einig waren, daß jede Veräuflichung der Butter durch Margarine verhindert werden müsse, gingen die Gegner der Margarine so weit, daß sie sogar eine Einfuhrung der Margarine verlangten. Das Gesetz von 1897 war dann ein Kompromiß, das die Ausbreitung der Margarine als Nahrungsmittel nicht gehindert hat.

Die Nalandskonferenz.

Dz. Genf, 11. Okt. (Drahtbericht.) Gestern trat im Sekretariat des Völkerbundes die internationale Konferenz über die Neutralisierung der Nalandsinseln zusammen. Da die Konferenz auf Grund des Beschlusses des Völkerbundesrates einberufen war, eröffnete Präsident Wellington Koo die Sitzung. Zum Präsidenten der Konferenz wurde einstimmig der dänische Gesandte in Paris Bernhöft gewählt.

Italienische Auswanderungserleichterungen.

Dz. Rom, 10. Okt. (Havas.) Das Ministerium des Äußeren teilt mit, daß der brasilianische Gesandte und der Vertreter Italiens die Möglichkeit einer Vereinbarung bezüglich der Auswanderer unterzeichnet haben, durch welche geeignete Maßnahmen zur Erleichterung der Auswanderung getroffen und die bei Auswanderern anzuwendende Praxis vereinfacht wird.

Eine Erklärung Krassins.

Dz. London, 10. Okt. (Drahtbericht.) Krassin erklärte in einer Unterredung mit einem Vertreter des „Observer“, es hinge von dem Charakter und der Zusammenfassung der entl. von der Brüsseler Konferenz zu ernennenden Kommission zur Untersuchung der Lage in Rußland ab, ob sie von der russischen Regierung die Einreiseerlaubnis erhalten. Wenn die Kommission den Hungernden in Rußland wirklich helfen wolle, anstatt Rußland politisch auszunutzen, dann werde man alles tun, um ihr den Weg zu ebnen. Wenn die Brüsseler Kommission jedoch eine Kopie der Roussin-Kommission sei, oder wenn etwa Garvenius, der Judentum auf seinem Marsch nach Petersburg unterstützt habe, zum Leiter der Kommission ernannt werden sollte, so würde die Sowjetregierung die Kommission als eine Herausforderung ansehen.

Der griechisch-türkische Krieg.

Dz. Angora, 10. Okt. (Havas.) Amlicher Bericht: Große Erkundungstätigkeit istlich von Geli Schehir. Im Abschnitt Altun Karabilar in der Feind, der unsere Stellungen auf den Höhen von Gogel angriff, wurden Kämpfe geführt und hat ernste Verluste erlitten. Unsere Truppen haben in der Umgebung von Bal Mahmut angriffen und die Griechen bis nördlich der Eisenbahnlinie zum Weichen gebracht.

Dz. Angora, 10. Okt. (Havas.) In allen Provinzen sind zur Sicherstellung und Organisierung der Winterverordnungen für das Meer Maßnahmen getroffen worden. Alle Einwohner tragen dazu bei, die größtmögliche Menge Wäsche, Wolldecken und dergl. zu liefern. Amtliche Kreise bestätigen, daß die Türken an Waffen und Munition keinen Mangel haben. Andererseits sind mehrere starke türkische fliegende Kolonnen geschaffen worden, die während des Winters in die von den Griechen besetzt gehaltenen Gebiete einfallen und ihre Verbindungswege zerstören sollen.

Die Lage in Indien.

D. London, 11. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Aus Bombay wird gemeldet, der Nationalkongress habe beschlossen, am Tage der Ankunft des Prinzen von Wales in Indien einen einseitigen Proteststreik durchzuführen und die Distriktsverwaltungen auszufordern, in allen Städten eine Boykottbewegung zu organisieren. Der Kongress will außerdem den angrenzenden Staaten mitteilen, daß die indische Regierung nicht den Volkswillen vertrete und sie auffordern, keine Verträge mit dieser Regierung mehr abzuschließen.

Die japanischen Rüstungen.

D. Tokio, 11. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Das Kriegsministerium hat beschlossen, daß ein Heer von mindestens 21 Divisionen erforderlich sei. Falls aber die Washingtoner Konferenz eine größere Abrüstung aller Landmächte verlange, würde Japan sich dem anschließen. — Ein neuer U-Bootbau hat, der 33 000 Tonnen groß ist, ist inzwischen fertiggestellt worden. Außerdem werden noch vier Seeschiffe und vier Kreuzer von 39 000 Tonnen bis 42 000 Tonnen gebaut.

Die englisch-irische Konferenz.

Dz. London, 11. Okt. Heute vormittag um 11 Uhr beginnt in der Downingstreet die Konferenz zwischen der britischen Regierung und Sinnfein. Es verlautet, daß Lloyd George nach Begründung der irischen Regierung die Methode der Behandlung der verschiedenen Fragen vorschlagen wird.

D. Valera hat gestern eine Proklamation an das irische Volk erlassen, worin er erklärt, die Londoner Konferenz müsse die gesamte Zukunft des Landes stark beeinflussen und werde sie vielleicht bestimmen. Es sei Pflicht aller Irländer, jetzt für ihr Land zusammenzustehen. Es sei der brennende Wunsch aller Iren, daß der hundertjährige Streit zwischen den Iren Britanniens und denen des irischen Volkes glücklich zu Ende gebracht werde. Der Kampf auf irischer Seite sei stets gewesen nur für die Aufrechterhaltung eines Reiches, das nicht aufgegeben und nicht ausgetauscht werden könne. Der irische Friede, der diesen Kampf beenden könne, werde ein Friede sein, der vereinbar sei mit den Rechten der irischen Nation und der eine Freiheit verbürge, die der Irden würdig sei, die Irland erduldet habe, um sie zu sichern. Ein solcher Friede werde nicht leicht zu erreichen sein. Die irischen Delegierten gäben sich keinen törichten Hoffnungen hin. Auch Irland müsse dies nicht tun. Der Friede, der diesen Konflikt beenden werde, werde gesichert nicht durch die Geschicklichkeit oder Staatskunst der Führer, sondern durch die feste Entschlossenheit einer eng zusammengeführten Nation, die eher bereit sei zu sterben, als ihr Recht auf Freiheit aufzugeben. Nur durch eine solche Entschlossenheit des irischen Volkes könnten die Kräfte überwunden werden, denen sich die irischen Delegierten gegenübergestellt haben. Wenn Irland vor der Aussicht auf weitere Schrecken und weitere Opfer auch nur einen Augenblick zurückweichen würde, so würde alles verloren sein. Irland müsse furchtlos auf dem Felsen des Rechtes stehen, wenn es nicht während der Verhandlungen in Einzelheiten eine Niederlage erleiden soll.

Dz. London, 11. Okt. (Drahtbericht.) Aus amtlichen Kreisen verlautet, daß, wenn die Sinnfein-Konferenz heute zusammentritt, die britischen Vertreter das feierliche Versprechen fordern werden, daß der Waffenstillstand während der Verhandlungen genauer durchgeführt werde. Es wird angenommen, daß die Verhandlungen die Form einer offenen Aussprache zwischen beiden Parteien annehmen werden mit dem Ziel, eine endgültige Grundlage zu finden, die Verhandlungen in nützlicher Weise fortzuführen. Der irische Oberkommandierende, General Mac Read, und der Polizeichef, General Fudor, wurden eingeladen, nach London zu kommen. Auch der Bischof von Ely wird erwartet.

D. Paris, 11. Okt. (Eig. Drahtbericht.) „Excelsior“ meldet, daß O'Leary, der frühere Vorkämpfer des Sinnfein-Pailaments und gegenwärtige Sinnfein-Gesandte in Paris, u. a. erklärte, ein unabhängiges Irland würde wohl nichts gegen einen Devisenverbot mit dem übrigen britischen Reich einzuwenden haben. Aber ein Basal der britischen Krone würde Irland nie werden, und eine englische Militärbesetzung nie bidden können. Er hoffe, daß die Konferenz zu einer Übereinkunft führe. Sie könne aber auch mißlingen, und dann würde das nicht an Irland liegen.

Nord Grens Rückkehr ins politische Leben.

Dz. London, 11. Okt. Lord Gren trat gestern abend durch eine Rede in Berwick, in der er die bestehende Koalitionsregierung angriff, wieder ins politische Leben zurück. Lord Gren erklärte in seiner Rede, die Regierung sei vereint nicht durch gemeinsame Überzeugung über Grundsätze, und ihre wechselnde Politik untergrabe das Vertrauen. Die Unternehmungen in Rußland, Mesopotamien und Persien sowie die britische Politik in Kanton, Konstantinopel und Irland hätten seit dem Waffenstillstand 303 Millionen Pfund Sterling gekostet, und dieses Jahr gebe England für Rüstungen 207 Millionen Pfund aus. Gren befahte sich in seiner Rede in der Hauptsache mit Irland. Er erklärte, die augenblickliche Politik der britischen Regierung gegenüber Irland sei das Ergebnis des Fehlschlages der Gewaltanwendung, und sei durch Mißerfolge und Verzweiflung eingegeben. Ein Versuch, Ulster zu zwingen, würde zum Bürger- und Religionskrieg führen. Über die Erwerbslosigkeit erklärte Gren, eine stetige Politik sei die Hauptbedingung für die Besserung der bestehenden Verhältnisse. Eine stetige Politik sei notwendig. Die Hauptbedingung für eine Besserung der bestehenden Verhältnisse sei ein kräftiges Wiederankleben des Handels. Die Arbeiterklasse müsse ihren Anteil an der Leitung erhalten. Zusammenwirken und nicht Nationalisierung sei die richtige Politik.

(88. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Weisse Nächte.

Roman von Hans Beker † (Wiesbaden).

Marja Bassanowa wandte sich an Robert:

„Mir fällt ein, ich wollte mit Ihnen darüber sprechen: Sie sollten sich ein bißchen um meines Sohnes Herde kümmern. Nikolai ist nachlässig, er braucht einen Berater. Wollen Sie nicht sein Kompagnon werden?“

Statt Robert antwortete Asta:

„Ach, Mama — Sie wissen doch nicht: Robert will schon wieder fort, nach Amerika zurück.“

Ein leises Klirren — der kleine goldene Löffel fiel auf die Tasse, die Marja Bassanowa in der Hand hielt, der Tee spritzte auf, tropfte auf ihr Kleid — sie lehnte sich in ihren Sessel zurück, zwang sich ein Lächeln ab. Dabei hatte sie die Hand Roberts, der aufgesprungen war, um die Tasse zu ergreifen, hielt sie mit beiden Händen, wie um Hatz zu gewinnen, verhaarte so einige Augenblicke.

„Die dumme Mascha, ich hatte ihr gesagt, daß mir der Kopf weh tut, sie mich noch liegen lassen sollte.“

„Wollen Sie mich in meine Zimmer führen, Robert.“

Zum ersten Mal nannte sie ihn so beim Vornamen, bisher hatte sie Monsieur Allenberg gesagt.

Asta mußte zurückbleiben, Mama hatte es gewünscht:

„Bleib' nur, ich schick' dir deinen Bruder gleich.“

Als sie ihr Zimmer erreicht, ließ sie ihn nicht gleich fort:

„Kommen Sie noch ein wenig herein, lassen Sie mir Gesellschaft — Mascha kann uns Tee herbringen. Hörst du, Mascha?“

Sie saßen sich gegenüber an einem schnell arrangierten Teetischchen. Marja Bassanowa rauchte schon wieder, bot auch Robert eine Zigarette an:

„Es spricht sich so besser!“

Sie kam gleich darauf zurück, was Asta gesagt:

„Sie wollen schon wieder fort, habe ich richtig verstanden? Wer vertreibt Sie denn, gefallen Sie sich hier nicht?“

„Doch, gnädige Frau. Ich bin sehr gern hier, ich kann nur nicht untätig sein.“

„Das sollen Sie auch nicht, ich habe Ihnen doch gesagt, noch eben erst — es war mein voller Ernst: Sie sollen sich meines Sohnes annehmen. Von hinten und vorn wird er bestohlen und betrogen, er besitzt nicht Ihre Energie, kümmert sich um nichts. Ihr Deutschen seid ganz andere Menschen.“

„Gnädige Frau — darf ich offen sprechen?“

Sie hob die Hand, daß die Juwelen in den vielen Ringen blühten.

„Ich habe gedacht, daß Sie das auch bisher getan.“

„Gewiß, gnädige Frau. Das ist auch so, ich meinte nur: darf ich Ihnen offen sagen, was ich — denke und fühle?“

„Ich bitte darum.“

„Sehen Sie, gnädige Frau — Sie haben sich meiner so liebenswürdig angenommen, mir trotz der untergeordneten Stellung, in der man mich fand, Ihr Haus geöffnet, mich in Ihre Kreise eingeführt.“

Sie unterbrach ihn:

„Sie sind doch der Bruder meiner Schwiegertochter!“

„Ich habe nicht einen Augenblick daran gezweifelt, daß nur das der Grund war, sonst hätte man mich wohl ruhig im Stalle gelassen.“

„Vielleicht auch nicht!“

Er nahm den Einwand nicht ernst:

„Trotzdem — für alles bin ich Ihnen von Herzen dankbar, gnädige Frau, aber ich kann das auf die Dauer nicht annehmen. Ich ertrage es nicht. Es wirkt auf mich wie eine Last, erdrückt mich. Jeden Morgen frage ich mich: was tust du — du lebst wie eine Drohne. Wohin soll das führen? Raff dich auf!“

Geh fort, wieder in die Welt, arbeite, wie du bisher gearbeitet hast.“

Sie lachte leise auf:

„Ihr Deutschen seid sonderbare Menschen. Ein Russe an Ihrer Stelle würde anders denken. Nicht einen Augenblick würde er sich unbehaglich fühlen, solch ein Drogenleben, wie Sie es nennen, zu führen. Im Gegenteil, das entspräche seiner Natur — ein russischer Edelmann arbeitet nicht, er nimmt, was ihm das Leben bietet. Sie sind sentimental, lieber Robert, so wie Ihr Schwesterchen. Sie müssen das zu überwinden suchen: ich habe Ihnen ja auch einen Vorschlag gemacht: Sie sollen Nikolais Kompagnon werden.“

„Das ist, entschuldigen Sie, gnädige Frau, nicht möglich. Was habe ich dagegen einzusehen?“

Sie sagte schnell: „Sehr viel, alles. Sie werden meinen Sohn ergänzen — er versteht, wie alle Russen, nur Geld auszugeben, Sie, der Deutsche, werden es zusammenhalten.“

„Das klingt sehr verführerisch, gnädige Frau, was Sie mir bieten. Vielleicht würde ich einverstanden sein, wenn nicht so besondere Umstände vorausgegangen wären, die mich zu Ihnen führten. Darüber komme ich nicht hinweg.“

Er erhob sich und küßte ihr die Hand:

„Lassen Sie mich Ihnen danken, gnädige Frau, für Ihr Wohlwollen, für Ihre große Güte — aber suchen Sie mich nicht zu halten. Es geht wirklich nicht.“

Sie antwortete nicht, er blieb vor ihr stehen. Sie hatte seine Hand mit ihren Fingern umspannt, hielt sie fest. Dabei suchte sie nach einem Ausweg, nach etwas, was sie noch sagen konnte.

Er durfte nicht fort — Marja Bassanowa gab einen einmal gefassten Plan nicht auf, sie ließ sich nicht so leicht ihre Wünsche zerstören, ihren Willen beugen.

Wahrscheinlich hatte sie gefunden, wonach sie gesucht:

„Ich kann Sie nicht halten, es tut mir leid, ich muß sagen: Sie tun mir weh — eine Woche oder zwei werden Sie mir doch noch schenken, eine Bitte, die mich pregeißelt angeht, mir nicht abschlagen.“

(Fortsetzung folgt.)

Wiesbadener Nachrichten.

Handwerkerfragen.

Aus der Vorstandssitzung der Handwerkskammer zu Wiesbaden sind u. a. die folgenden Beschlüsse bzw. Mitteilungen von größtem Interesse. Die Stellungnahme der Geschäftsstelle zu dem Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter wurde gebilligt. — Das Vorstandsmitglied Stadtrat Schlossermeister Schanz (Frankfurt) ist in den Bauausschuss beim Landesfinanzamt berufen worden. Es besteht Aussicht auf seine Berufung auch in den beim Reichsschatzministerium zu errichtenden Hauptbauausschuss. — Bezüglich der Bildung von Bauausschüssen zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit sind bei den Eisenbahndirektionen Frankfurt und Mainz die Wünsche der Kammer bislang unberücksichtigt geblieben. Die Verhandlungen jedoch sind noch in der Schwebe. — In Biedrich hat sich eine Lieferungs-genossenschaft der Schreiner gebildet. — Über die Frage der Errichtung von Handwerksstudien für Schreiner, Schneider und Friseur bei der Schulpolizei liegt eine Mitteilung des Kammerpräsidenten vor, wonach die von Seiten des Handwerks an diese Einrichtungen gemachten Befürchtungen der Begründung entbehren. — Der Kammerpräsident billigte den von der Berliner Handwerkskammer vertretenen Standpunkt in der Angelegenheit der Reaktivierung der Gefängnissträße, wonach befürwortet wird, daß diese Sträße wieder ihre Tätigkeit aufnehmen. — Die Geschäftsstelle hat u. a. bei den in Frage kommenden Behörden Schritte zur Hebung des Steinmetzhandwerks unternommen. — Auf Veranlassung der Handwerkskammer in München hat der Vorstand Stellung zu der Frage der Erhöhung der Höchstgrenze der Entschädigung für Postpaketverluste dahin genommen, daß diese Entschädigung von 3 auf 20 M. für das Pfund erhöht werde. — Bezüglich der Schwere wurde eine vom Kammerpräsidenten geleitete einerseits der Bezirksbauernschaft für Nassau nach Frankfurt einberufenen Verammlung abgegebene Erklärung gebilligt. — Grundätzlich erklärte sich der Kammerpräsident mit aller Entschiedenheit dagegen, daß das selbständige Handwerk Protest-Strasendemonstrationen gegen öffentliche Maßnahmen veranstaltet. — Zu den Kosten der Meisterkurse für Maler, Tapezierer, Schreiner und Schlosser in Frankfurt im Jahre 1920 wurde, unter Annahme eines Antrags des Reichsschatzministeriums in Frankfurt, eine Beihilfe von 1500 M. bewilligt. — Ein Ministerialerlass vom 3. August d. J. betrifft den Rang an Baubauern. Beschlossen wurde, daß die Kammer im Sinne dieses Erlasses tätig sein, insbesondere durch Verklärung der Verträge die Herabsetzung eines stärkeren Nachschubes fördern helfen soll. — Der Handwerkvorstand in Frankfurt hat einen Teil seiner Aufgaben dem Handwerksamt übertragen. Der Änderung der Organisation des Handwerksamts wurde zugestimmt unter Bewilligung der daraus erwachenden Mehrkosten von 13 000 M. — Ehrenurkunden anlässlich von 25jährigen Arbeiterjubiläen werden in der Folge in besonderen Fällen, so bei gemeinnützigen Anstalten, verliehen. — Bezüglich des Charakters des Publikationsgewerbes nimmt der Kammerpräsident den Standpunkt ein, daß dieses sich zwar zu einem selbständigen Handwerkszweig entwickeln kann, daß aber bis jetzt noch nicht gegeben ist, und daß heute das Gewerbe noch als Zweig des Automobil-Reparaturgewerbes anzusehen sei. — Bei dem bevorstehenden Deutschen Genossenschaftstag, d. h. bei dem speziell handwerkliche Genossenschaften betretenden Verhandlungen, wird die Kammer durch ihren ganzen Ausschuss vertreten sein. — In der Angelegenheit der Errichtung von Gemeinde-Hausverkaufsstellen liegt ein Schreiben des Regierungspräsidenten vor. Grundätzlich ist der Kammerpräsident Gegner der Errichtung solcher Verkaufsstellen, weil sie das Regierhandwerk schädigen, dagegen will er durch seine Organisationen auf mögliche Freilebungen einwirken. — Die Handwerkskammer Köln will sich der Errichtung des Handwerkers-Erholungsheims anschließen, einen einmaligen Beitrag von 50 000 M. zahlen und sich an den laufenden Kosten beteiligen. Ihrem Wunsch, ihr einen Sitz im Vorstand einzuräumen, soll Rat gegeben werden. — Grundätzlich wurde zuletzt noch beschlossen, den Mitgliedern des Kammerpräsidenten zu gestatten, bei eigener Verbindung einen Vertreter zu bestellen.

— **Verleihung von Ehrenurkunden durch die Handelskammer Wiesbaden.** Die Handelskammer zu Wiesbaden hat im dritten Vierteljahr 1921 90 Ehrenurkunden für 25jährige und längere Tätigkeit in einem Betrieb an nachfolgende Angestellte und Arbeiter verliehen: Im Kreis Wiesbaden-Stadt: dem Braumeister Gg. Schuster bei der Firma Gebr. Eich (Wiesbaden); dem Obermonteur August Hoffinger bei der Elektrizitätsgesellschaft vorm. C. Buchner (Wiesbaden); dem Brauer Heinrich Kirdorff und dem Maschinenführer Johann Bender bei der Germania-Brauerei-Gesellschaft Wiesbaden; dem Maschinenarbeiter Aug. Reibling bei der Maschinenfabrik Wiesbaden, G. m. b. H. (Wiesbaden). Im Kreis Wiesbaden-Land: der Degorgiergen Bernhard Arnold, Jaf. Hüb. Karl Heiner, Joh. Böhm, Emil Krämer und Alf. Treiber; den Kellnern Peter Dieffenhardt, Karl Dienst, Karl Dorned und Karl Reim; den Arbeitern Johann Böller, Frs. Dienst 4., Hb. Jof. Hüb. Lorenz Kreh, Frs. Jof. Lauer, Joh. Schollmayer, Josef Schollmayer, Gg. Hb. Schwamb, Wendlin Wilhelm und Wilhelm Wills; den Badern Joh. Diener, Hb. Dorned und Peter Jakob Wirtel; dem Heizer Valentin Hüb. den Wirtinnen Valentin Diener und Johann Lauer; ferner bei der Alltagsgesellschaft vorm. Burgeff u. Co. (Hochheim a. M.); dem Arbeiter Jakob Jung bei der Firma Carl Bender (Dohheim); dem Arbeiter Josef Braun bei der Firma Henckell u. Co. (Biedrich); dem Laboranten Valentin Glud bei der Firma Kalle u. Co., A. G. (Biedrich); dem Kellerarbeiter Adolf Schmal bei der Firma „Reinhold“ Söhnelein u. Co., A. G. (Schierstein); dem Arbeiter Kaspar Schieber bei der Firma Thonwert (Biedrich).

— **Kunstgewerbeschule Wiesbaden.** Die Fachabteilung für „Künstlerische Frauenteilung“ umfasst neben der Modellschule für die künstlerische Darstellung von Kostümen, über die bereits berichtet ist, auch die unter Leitung der Wiesbadener Kunstgewerbetlerin Heubert Bruggmann. Mittels des Deutschen Werkbundes, freilebende Klasse mit Werkstattbetrieb für Entwurf und Ausführung sämtlicher in das Gebiet der Mode fallenden Stickerien, Handarbeiten, Kurbestickerei und Batikwerkstoffe. Der unter gleichzeitiger Leitung stehende Unterricht für Entwerfen und Ausführung von Handarbeiten für Innenräume vermittelt auf Grund von Naturstudium und Materialkenntnis das Erlernen sämtlicher Handarbeitstechniken alter und neuer Zeit, die Entwurf einfacher Stickerien bis zu größeren Kunstwerken, wie figürliche Wandteppiche und dergleichen. Für tagsüber beschäftigte junge Schneiderinnen und Putzmacherrinnen ist für die Wintermonate ein Abendkursus für Musterentwerfen, Materialkunde, Farbenlehre und Geschmacksbildung in Modestoffen eingerichtet, der ebenfalls unter Leitung von Fräulein Bruggmann steht. Beginn des Wintersemesters 18. Oktober. Anmeldebefrag vom 12. bis 15. Oktober, vormittags von 8 bis 12 Uhr, im Geschäftszimmer, Weststr. 38.

— **Meister-Protestverhandlungen.** Im Possum am Bodelsplatz fanden am Montagabend zwei stark besuchte Protestverhandlungen gegen die Beschlüsse der Sozialisierungs-Kommission des Reichstags statt. Die Redner Sanitätsrat Dr. Dornblüth und Sanitätsrat Dr. Mayer erörterten den Antrag, der die Freigabe der gewerblichen Werkstätten, d. h. die Aufgabe der Zwangsverwaltung im Wohnungswesen, in dieser Hinsicht in Vorschlag bringt. Zum Schluss der Verhandlungen wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die Sozialisierungs-Kommission hat dem Reichstag vorgeschlagen, die Mietern der gewerblich benutzten Räume der freien Preisbildung zu überlassen. Dieser Vorschlag gefährdet die Existenz von Tausenden von Gewerbetreibenden und Ladeninhabern. Er bedroht die Lebenshaltung von Tausenden von Gewerbetreibenden und Ladeninhabern, von Hunderttausenden von Beamten, selbstbedienten Pensionären und Kleinrentnern, er bestreut die große Masse der Verbraucher und bereichert durch unverdiente Gewinne sowohl den Hausbesitzer als das Spekulantentum. Tausende von Wiesbadener Mietern erheben schärfsten Einspruch gegen diese unsozialen Vorschläge. Sie fordern von der Volksvertretung, daß sie sich völlig darüber klar ist, welches unabsehbare Unglück — und gerade für das besetzte Gebiet — die Durchführung dieser Grundzüge bedeutet. Die Mieterkassette will, daß sie gehört wird, wenn es sich um ihr Dasein handelt.“

— **Ermäßigung von Telegrammgebühren.** Eine umfangreiche Gebührenermäßigung ist loeben im Telegrammverkehr mit dem fernen Osten durchgeführt worden, während wir sie für den nahen Osten zum 15. November angekündigt hatten. Um 5 M. sind die Wortgebühren ermäßigt auf dem Wege der Ostern- und Imperial Pacific-Kabel nach Australien und Teilen von Afrika. So kostet das Wort jetzt nach Japan „nur“ noch 62,50 M., China außer Macao 58,50 M., Arabien 37,50 M., Palästina 21 M., Persien 58 M., Sibirien 23,50 M., Mesopotamien 46,50 M., dem Australischen Bund 58,50 M., Japan 62,50 M., Neuseeland 58,50 M., Samoa 75 M., Marshall-Inseln 61 M., Ägypten 18,25 M., Südafrika-nischen Union 37,50 M., dem nördlichen Deutsch-Südwest-afrika 40,50 M., Belgisch-Kongo 48 M.

— **Für die Spielmittage.** Zur Förderung der Spielmittage hat der Minister für Volksbildung die Provinzial-Schulkollegien von neuem angewiesen, darauf zu halten, daß sämtliche Schüler gemeinsam und regelmäßig unter fundierter Leitung an den Spielen teilnehmen. Beirungen sind nur unter den gleichen Voraussetzungen zulässig wie beim Turnunterricht. Die Leiter der Anstalten sollen den Schülern immer wieder den Wert hervorheben, den die Teilnahme an den Spielmittagen für Geist und Körper gerade für die Jugend hat, die in der Entwicklung steht. Für Schüler, die zur Schule fahren müssen, ist die Beteiligung u. U. mit Schwierigkeiten verknüpft. In diesem Falle sollen die Provinzial-Schulkollegien die nötigen Anordnungen treffen. Überhaupt sollen alle Schwierigkeiten und Ungleichmäßigkeiten beseitigt und abgestellt werden.

— **Reiche Kaffianerente.** Die Edelkastanie hat in dieser Gegend in diesem Jahre außerordentlich viele Früchte getragen. Durch das trockene Wachstum sind diese auch besonders schmackhaft. Da die Haupternte teilweise schon geerntet ist, so können unsere Zungen kein größeres Vergnügen, als die noch hängenden gebliebenen Kastanien zu „stopfen“.

— **Für Oppau.** Die Beamten der Mitteldeutschen Creditbank, Filiale Wiesbaden, gesammelten für Oppau 1550 M.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

— **Vorstellung der Trübsal.** Am Freitagabend findet im Wintergarten der lustige Schwanenabend als Volksvorstellung zu vollständigen Preisen statt. Die vier lustigen Einakter werden wieder in erster Besetzung gegeben. Der Vorverkauf findet nicht nur an den Theaterkassen, sondern auch vormittags von 10 bis 1 Uhr an der Kasse des Wintergartens statt.

— **Gutes Jacoby gestirte Samstag und Sonntag im Schilleraal in Berlin mit seinem lustigen Abend „Lacht uns lachen“, den er allein bestritt und hatte, wie uns mitgeteilt, einen großen Erfolg. Er wurde von der Konzertdirektion Leonard zu mehreren lustigen Abenden im Brahms-Saal verpflichtet.**

Aus dem Vereinsleben.

— **Der „Wiesbadener Militärverein“** hielt am Samstagabend im Wintergarten sein 27. Stiftungsfest ab. Die Feier eröffnete der 1. Lebenswärtigermeister zur Verfügung gestellte Gesangsverein „Schwarzer Wälder“, welcher mit den vorzüglich vorgetragenen Chören seinen Beifall erntete. Für ihre besonders eifrige Tätigkeit im Verein wurden die Kameraden Herren August Jodel und Adolf Barth zu Ehrenmitgliedern ernannt. Des weiteren konnten 35 Kameraden für 25jährige Mitgliedschaft geehrt werden. Hr. Schürle (Sopran), Hr. Dieb (Klavier) sowie Herr Brill (Bariton) fanden mit ihren Solopartien ein dankbares Publikum. Herr Leichter (Humorist) hatte im Ru die Lustmuskeln in Bewegung gesetzt und großen Heiterkeitserfolg erzielt. Mit dem Einakter „Die wilde Toni“, gespielt von den Damen Hr. Hüner und Reitenbach und den Herren Koch und Zimmer, die ebenfalls großen Beifall ernteten, war das Programm erschöpft. Die Hauskapelle des Wintergartens war es, die mit und Töne noch lange beim flotten Tanz zusammenhielt.

— **„Zentralverband der Bäcker, Konditoren und Verwandschaften.“** Donnerstag, den 13. Oktober, abends 8½ Uhr, gleich nach Arbeitslohn, findet im Restaurant „Der Künig“ (Marktstr. 29) eine Verammlung der in den Juckwaren, Schokoladen, Zwieback- und Konfitterien-Gewerbeten beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter statt. Stadtverordneter Lieber wird einen Vortrag halten über gewerkschaftliche Aufgaben.

— **Der Gesangsverein „Reue Concordia“** veranstaltet am Sonntag, den 16. Oktober, von 3 Uhr ab sein diesjähriges Herbstfest mit Tanz im „Kaffener Hof“ in Sonnberg. Freunde und Gönner sind herzlich eingeladen.

— **Das Sängergesellschaft „Eintracht“** feiert am nächsten Samstag, abends 7 Uhr beginnend, in der Turnhalle (Helmstraße) sein 20. Stiftungsfest, bestehend in Konzert, Theateraufführung und Ball. Das Programm umfasst außer Chören von Wengert, Schuch, Hiltnerhof, Bass und der Männerchor-Ballade „Wald“ von Hoffmann (erstmals für Wiesbaden) noch Solodarbietungen und das Liederspiel „Die Hirsche“, in welchem letztem ca. 45 Personen beschäftigt sind. Anschließend findet Ball statt.

Aus Provinz und Nachbarschaft.

Für 80 000 M. Stoffe gekloppt.

Spd. Frankfurt a. M., 10. Okt. In der Nacht zum Sonntag wurden aus einer Schneiderei am Opernplatz Herrenkleiderstoffe im Werte von 80 000 M. gekloppt. Auf die Ermittlung der Diebe ist eine Belohnung ausgesetzt. Für die Wiederbeschaffung des Diebstahls führt der Be-fähigte 10 Proz. des Wertes zu.

Kleimohnungsbau.

Spd. Cronberg, 10. Okt. Die Stadtverordneten-Versammlung beschloß die Aufnahme einer Kasse in Höhe von 200 000 M. zur Herstellung von Kleimohnungen. Die Verzinsung soll 4,4 Proz. und die Tilgung 1 Proz. betragen.

Zum Tode gekloppt.

Spd. Cronberg, 10. Okt. An der Abbiegung der Altmühlstraße von der Straße nach Kallmühl wurde der achtjährige Sohn des Polizeimeisters Wilhelm von einem fremden Automobil überfahren und auf der Stelle gekloppt.

In Tode gekloppt.

II. Caub a. Rh., 10. Okt. Tödtlich verunglückt ist am vergangenen Samstag der in seinem Berufs als Bauer auf der Dachziegelwerkstatt Kallmühlstraße bei Caub beschäftigte 45jährige Sebastian Simon aus dem benachbarten Seuzthal. Bei der Bormahme von Reparaturarbeiten trat ein Stein die Hand des Mannes und als dieser nach der ersten Verletzung sehen wollte, stürzte er aus geringer Höhe von seiner Leiter auf das Gestein. Als man dem Verunglückten zu Hilfe eilte, war der Tod bereits eingetreten.

Ein gutes Vorbild.

Spd. Gersfeld, 10. Okt. Der Landwirt Dittmar in Kommerz hat seine überflüssigen Kartoffeln für 25 M. den Jentner abgegeben und höhere Angebote mit dem Bemerkten abgelehnt, daß der Preis für Leute, die alles kaufen müßten, gerade hoch genug sei. Diesem Beispiel sind nun auch andere Landwirte der Gemeinde Kommerz gefolgt. Auch aus anderen Gemeinden des Kreises Gersfeld berichtet man, daß dort Landwirte sich in gleicher Weise betätigten.

Flattermahl.

Spd. Bad Ems, 2. Okt. Zum zweiten evangelischen Flatter der hiesigen Gemeinde wurde Pfarrer Seier aus Niebelschlag bei Ullrich gekloppt.

Wichtiger historischer Fund.

Spd. Ullrich, 10. Okt. In der Schatzkammer der Stadtkirche wurde durch Lehrer G. Steinmetz das fälschliche Gerüstbuch aufgefunden, das mit dem Jahre 1424 einsetzt und mit geringen Unterbrechungen bis 1513 führt. Das Buch bietet eine Fülle von Material über das mittelalterliche Gerüstwesen und alle Ullricher Familien.

Ein Kleinfahndung.

Spd. Friedberg, 10. Okt. Heute früh gab es viel Gelächter in dem Friedberg-Homburg-Siebenbürgen, dem in Korbheim das Zugpersonal ver-loren ging. Durch irgendwelche Umstände veranlaßt, dampfte nämlich der Zug weiter und ließ die verbotenen Schaffner mit dem Zugführer in Korbheim zurück. Die Hoffnung, daß der Verlust bemerkt und der Zug sofort wieder zurückgeführt würde, erfüllte sich nicht. Da alle den Verlassenen nichts anderes übrig, als sich in ihr Geschick zu fügen und zu warten, bis sich ihnen Gelegenheit zur Weiterfahrt bot.

Sport.

* **Stadt- und Landverband für Leibesübungen.** Wegen der „Kannbahn“-Rasse sind in der Gruppe 1 und 2 Proteste eingelaufen. Der technische Ausschuss des Stadt- und Landverbandes für Leibesübungen hält die Pro- teste für berechtigt. Schuld an der Wiederholung tragen die Rennschaffner, da einzelne Fahrer anstatt der vorgegebenen 200 Meter 400 Meter liefen. Der Lauf von Gruppe 1 und 2 wird am Sonntag, den 23. Oktober, vormittags 10 Uhr, auf der Rennbahn wiederholt.

Gerichtssaal.

Fe. Als Völkerschänder hatte im hiesigen Gefängnis der 25jährige Spengler Ferdinand Seuffert aus dem Bagerischen von sich reden gemacht und fünf Vögel gekloppt, um in das Krankenhaus zu gelangen. Dort wurden die Vögel auf operativem Wege entfernt, und trotz polizeilicher Bewachung gelang es dem Völkerschänder, aus dem Krankenhaus zu ent- weichen und in seine Heimat zu gelangen. Hier nahm man ihn nach 14 Tagen wieder fest. Wegen eines Diebstahls, den er gelegentlich eines Besuchs in Siedlingen verübte, war Seuffert seinerzeit inhaftiert wor- den und hatte bei seiner Festnahme in Siedlich mit dem Beamten recht un- sanft verfahren, sie getreten und geschlagen. Die Strafkammer verurteilte den Angeklagten wegen schweren Diebstahls und Widerstand zu sechs Monaten Gefängnis. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, gerade jetzt, wo der Sinn für Ordnung und Sicherheit verloren gegangen sei, müßte eine solche Verurteilung, wie die des Widerstands gegen die Staatsgewalt, wie sie der Angeklagte begangen, ganz exemplarisch be- straft werden.

Fe. Der Tod bei der Zahnoperation. Ein hiesiger Dentist hatte am 2. Juni d. J. durch Fahrlässigkeit den Tod eines Frau verurteilt, indem er bei ihr während einer Zahnoperation eine Chloroformdosis vornahm, ohne einen Mediziner hinzuzuziehen. Die Frau ist nach dem Schockurteil wahrscheinlich infolge Infektion verstorben; der Zahn- schmerz hatte die Operation ohne Narkose mit Betäubung trotz einer vorgeschriebenen starken Einwirkung vornehmen können. Die Strafkammer verurteilte den Angeklagten wegen dieser Fahrlässigkeit zu sechs Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte seine Freisprechung beantragt.

tu. Urteil im Dresdener Bankraubprozess. Vor dem Dresdener Land- gericht fand der Däubener Bankraub zur Verhandlung, bei dem 220 000 Mark bei der Zweigstelle der Deutschen Bank geraubt wurden. Aus der Verhandlung ergab sich, daß die Angeklagten sämtlich Mitglieder der kommunistischen Partei sind. Sie behaupteten, daß sie die Tat aus poli- tischen Gründen begangen hätten, um der kommunistischen Partei, der durch die Vorgänge des Kuffandes in Mitteldeutschland große Ausgaben erwachsen seien, Geldmittel zuzuführen. Sie erklärten, daß sie erst 100 000 Mark erhalten hätten, während der Rest in die Zentrale zur Unterstützung der Partei eingezahlt worden sei. Das Gericht verurteilte die Verdächtig- ten zu 2 bis 4 Jahren Gefängnis.

Neues aus aller Welt.

Der Kampf im Berliner Gastwirts-gewerbe geht weiter. Nachdem bereits der Berliner Polizeipräsident, das Reichs- arbeitsministerium und das Ministerium des Innern sich er- folgslos bemüht haben, den Kampf im Gastwirts-gewerbe zu beenden, hatte am Sonntag auch der Demobilisierungskom- missar den Versuch unternommen, eine Einigung herbeizu- führen. Leider ist auch dieser Versuch wieder mißlungen, da beide Parteien wie schon bisher erklärten, in diesem grund- sätzlichen Streit nicht von ihren Forderungen abgeben zu können.

Verdacht gegen zwei Polizeiwachmeister. Gegen den Polizeiwachmeister Eren und den Polizeihaupt- wachmeister Meyer von der Berliner „Hundertacht“ zu be- sonderer Verwendung“ wurde ein Verfahren wegen Mordes eingeleitet. Es wird ihnen zur Last gelegt, am 15. Juni den Oberwachmeister Buchholz ermordet zu haben, um zu ver- hüten, daß Buchholz, gegen den das Verfahren wegen Unter- schlagung eingeleitet war, die politischen Nachrichten der „Hundertacht“ verrate. Der Prozess kommt in der nächsten Schwurgerichtssitzung des Berliner Landgerichts 3 zur Ver- handlung. Die Angeklagten bestritten jede Schuld.

Raubmord. In einem Hinterhaus der Chorinstraße im Norden Berlins, wurde der Kurbedienter Ernst in einer Blutlache ermordet aufgefunden. Ernst war von den Haus- bewohnern zum letztenmal am Sonntag vor acht Tagen ge- sehen worden. Der Kleiderkassant und die Schublade in der Wohnung waren erbrochen.

Eisenbahnunfall. Infolge falscher Weichenstellung kam es am Bahnhof Bodenbach Samstag zu einem Zusammen- stoß. 6 Personen sind schwer verletzt, während eine Anzahl Eisenbahnwagen die Böschung herunterstürzten. Der Sach- schaden beläuft sich auf etwa 1 Million tschechische Kronen.

Ein Schandbube. Um keine Mutter los zu werden, hat in München ein 17jähriger Klemmerlehrer seine Mutter bei der Polizei des Mordes beschuldigt. Auf seine roman- tische Aussage, daß seine Mutter einen besseren Herrn ermor- det und ihn dann in einer Riesgrube vergraben habe, nach- dem sie ihm zuvor 3000 Mark geraubt habe, wurde die Frau verurteilt und die Riesgrube ohne Erfolgs durchsucht. Schlie- lich gestand der Junge, daß er alles nur erfunden habe, um seine Mutter los zu werden.

Gekloppter Geldschrank. Ein großer Geldschrank mit ungefähr 32 000 Mark in deutscher und französischer Währung wurde aus einer Frankfurter Wäscherei zu Harpinnen bei St. Wendel gekloppt. Der Schrank ist im zertrümmerten Zustand in einem Walde aufgefunden worden, wo die Ein- brecher den Inhalt geraubt hatten. Für die Ermittlung der Täter hat die geschädigte Saargenossenschaftsbank 3000 Mark Belohnung ausgesetzt.

Eine teuflische Tat wurde in Hahnau nach Einbruch der Dunkelheit auf dem Weg zwischen Schopfheim und Hahnau ver- übt. Der 20 Jahre alte Sohn eines Obermeisters von Hahnau wurde von bisher unbekannten Tätern auf Boden geschlagen, gekloppt und quer über die Schienen gebunden. Nur dadurch, daß der Überfallene noch rechtzeitig aus der Be- räubung erwachte, den Knebel aus dem Mund entfernen und um Hilfe rufen konnte, wurde das Leben des jungen Mannes durch in der Nähe wohnenden Arbeiter gerettet.

Französische Luftverbindungen. Zwei französische Flieger haben den Flugplatz von Le Bourget verlassen, um sich auf dem Luftwege nach Bukarest zu begeben. Zweck der Fahrt ist die Schaffung einer französischen-rumänischen Luftverbin- dung, wie schon eine andere Linie Paris-Moskau besteht. Die neue Strecke würde den Dienst Prag-Wien-Budapest und später Konstantinopel versehen.

Die Zwillinge im Huttoffer. Ein seltsamer Fall von Kindesauslieferung wird aus Montreal (Kanada) gemeldet. An Bord des Dampfers Detroit-Windsor fand man in einem Huttoffer ein einen Monat altes Zwillingsschädelchen eingewickelt. Eine Frau hatte dieses Gedächtnis zurückgelassen. Wahrscheinlich war sie im letzten Augenblicke von der Aus- führung ihres Planes, die Kinder zu ertränken, zurückge- dreht. Man brachte die Zwillinge in einem Säuglingsbett in Windsor unter und hat Nachforschungen nach der Mutter angestellt.

Nähmasch. zu kauf. gel.
Friedrichstraße 29. 1.

Motorrad
gebraucht, zu kaufen
gesucht. Offerten u.

W. 252 Tagbl.-Verlag.
Indian-
oder Wanderer-Motorrad
zu laufen gesucht. Off.

mit Preisangabe unter
R. 250 Tagbl.-Verlag.
Gebraucht. Kinderwagen
in nur bestem Zustand,
sowie 1 Chaiselongue und
4—6 schwarze Stühle zu
laufen gesucht. Offerten

mit Preisangabe unter
R. 250 Tagbl.-Verlag.
Gebraucht. Kinderwagen
in nur bestem Zustand,
sowie 1 Chaiselongue und
4—6 schwarze Stühle zu
laufen gesucht. Offerten

u. B. 254 Tagbl.-Verlag
Buppenwagen.
gut erb. zu laufen gel.
Off. u. B. 254 Tagbl.-Verl.
Bosch-
Magnetos
zu laufen gesucht. F 64
Schwamm u. Mithel

6—8 m lang, 7—8 cm
 Durchmesser, zu kaufen je
 sucht Schellenbergische Bb.
 Kirchstraße 1.
 G. F. Ginner. T. 347

Draniensstraße 23
kauft u. holt alle Arten
Gläser ab.
¾ Liter - Gläser
Bordeauxform, kauft
Brunnententor, Webern.

Wohl
kauft zu höchstem Preis
Phil. Schwalbach,
Dorheim, Neugasse 58.
Telephon 1937.

Geschäft in guter Lage
orten unter N. 251 an

fauf
Platingegenständen
n, Betten, Besteden,
cen, alten Gefissen,
lanten um zu aller-

aden, Moritzstr. 40.
Ehrlichen Besuch.

Wagen!
Die Einzelmarken kauft z.
th, Frankfurt a. M.
2142, Köln Laden. F20

Wagen
1/2, Tonnen), gebraucht,
kaufen gesucht.
Weinssigfabrik, Belsenheim a. Rh.
Wagen gesucht
aus gut erhaltenen

elofen
Off. J. 264 Tagbl.-Verlag

Geschäftl. Empfehlungen

**Herd-
u. Ofen-
Reinigung**
führt preiswert aus

**Pfeffermann
& Sohn**
Drudenstraße 8.
Telephon 1830.
Schneiderin

Manifure S. Fechl.
Ellenbogengasse 9, 1.

DIE TRIBÜNE

Direktion: GUSTAV JACOBY.

Freitag, 14. Okt., abends 8 1/4 Uhr,
im „Wintergarten“:

I. Volks-Vorstellung! I. Volks-Vorstellung!

Lustiger Schwank-Abend (Hans-Sachs-Spiele)

Prologus (Direktor Possin)

Erstlich: **Der tote Mann**

Ein ergetzlich Spiel für 4 Personen:

Hans, der Mann	Rudolf Bartak
Else, die Frau	Tilde Lipski
Die Nachbarin	Else Tillmanns
Der Nachbar	Rudolph Possin

Und zu zweit: **Der Krämerskorb**

Ein lehrreich Spiel für 6 Personen:

Der Krämer	Rudolph Possin
Sein zänkisch Weib	Tilde Lipski
Der Herr	Rudolf Bartak
Die Frau	Tilde Lipski
Der Knecht	Else Tillmanns
Die Köchin	Rudolph Possin

Zu dritt sodann: **Das heiße Eisen**

Ein Schimpfspiel für 3 Personen:

Der Bauer	Rudolf Bartak
Die Bauerin	Rudolph Possin
Die Gevatterin	Tilde Lipski

Als viertes: **Das Kälberbrüten**

Ein scherzhafte Spiel für 3 Personen:

Töfel, der verschlaf. Bauer	Rudolph Possin
Gret, sein keifend Weib	Tilde Lipski
Klaus, ein kluger Schäfer	Rudolf Bartak

Zum Schluß sodann:

Epilogus (Direktor Possin)

Bearbeiter und Leiter der Spiele:

Direktor Rudolph Possin.

Eintrittspreis:

Mk. 6.-, Mk. 5.-, Mk. 3.-, Mk. 2.-, Mk. 1.-

Vorverkauf ohne Vorverkaufsgebühr:
Mittwoch, Donnerstag, Freitag: Kasse im
„Wintergarten“ 10 Uhr bis 1 Uhr. Täglich:
Theaterkassen, Blumenthal und Rettenmayer.

Thalia-Theater

Kirchgasse 72. -i- Telephon 6137.

Heute vorletzter Tag!

Nachmittags 3, 5 1/2 und 8 1/4 Uhr:

Die reizende Filmoper

Der Spielmann

mit Carola Toelle und Paul Hansen.

Gesungen von

Siegfried Adler
von der Volksoper in Wien.

Ruth Renée

Kammersängerin aus Berlin.

Musikalische Leitung:

Kapellmeister Arthur Peisker-Berlin.

Oberbayr. Gebirgsfest Münchener Oktoberfest

zu Wiesbaden, Waldstrasse-Bleibridi
veranstaltet vom Bayern-Verein 1908 (E. V.)

auf dem

Festplatz, Schiersteiner Landstraße

und im

Saalbau „Burggraf“, Waldstraße 55

Endstelle der Elektrischen — An den Kasernen

am 15. (Vorfeier), 16., 17. und 18. Oktober.

Bergnügen ohne Zahl.

Gruppen- und Einzel-Preis-Schuhplatteln.

Täglich Tanz im Festzelt und Saalbau „Burggraf“

Sonntag, den 16. Oktober, nachmittags 2 Uhr

Festzug der Bayern-Vereine usw.

vom Luisenplatz unter Vorantritt der 15 Mann starken Bayrisch.
Oberländer-Kapelle.

Auf dem Festplatz: Karussells, Schaukeln, Schau- u. Schießbud. usw.

Ferner Großes Schlachtfest im Saalbau „Burggraf“.

DER FEST-AUSSCHUSS.

Flora-Palast

Stiftstr. 18 Palais de danse Stiftstr. 18
Tel. 1036. Tel. 1036.

Das Haus der vornehmen Welt.

Abends 8 Uhr:

Jimmy's Jazz-Band.

Gastspiel des bekannten modernen
Tanzpaares Perry und Terry.

Walhalla-Restaurant.

Sensations-Gastspiel

der

Oberschlesischen Bauernkapelle

unter Leitung des Stadtpfeifers Feist v. Zobterberg.

Schweidnitzer Kellerfest

mit heißen Breslauer Würst'ln.

Residenz-Theater

Schönstes Lichtspielhaus

Ab Montag, 10. Oktober bis einschl. Donnerstag,

Nur 4 Tage. 13. Oktober. Nur 4 Tage.

Täglich von 3 1/2 bis 10 1/2 Uhr:

Der glänzende Oswald-Film!

Die Liebschaften des Hektor Dalmore.

Ein galantes Spiel in 6 Akten.

Vorher: F 371

Bubi macht Konkurrenz.

Lustspiel in 2 Akten.

ODEON Kirch-

gasse 15

Das große Sittengemälde

aus Berlin W. 10 Akten:

I. Teil „Lilly“ II. Teil „Lilly's Ehe“

Hauptdarsteller: Mia Pankau,

Leopoldine Konstantin,

Reinhold Schünzel,

nach dem bekannt Roman v. Jolanthe Marès.

Zahn-Praxis Danté

Langgasse 16, im Hause

Singers, Nägelm. - Gebä.

Sprechst. 10-12 u. 2-4,

außer Samst. nachm. u.

Sonntags.

Künstliche Gebisse

aus bestem Friedens-

material. Infert. feinerer

Gebisse und Reparaturen

an einem Tage.

Kronen und Brücken

aus Hartem 22- u. 20kar.

Gold, sowie aus Platin.

Seltbare

Plombierungen.

Behandlung von Zahn-

krankheiten.

Kernzahl 5170.

Solinger

Stahlwaren

In Qualität, laufend in

größeren Posten, abzu-

geben. Anfr. u. W. 449

an den Tagbl.-Verlag.

Reinrassen

Befreiung sofort.

Alt- u. Geschlecht an-

geb. Ausk. umsonst.

Sanitätsrat Dr. med.

Lasterbach & Co., München 102,

Thorwaldsenstraße 9.

Flügel - Pianos



Kunstspiel-Apparate

Vor Ankauf empfehle zwanglose
Besichtigung meines reichhaltigen Lagers

Wilhelmstraße 16

Heinrich Schütten

Piano-Magazin. 887

Kinephon

Tannusstraße 1. Nahe Kochbrunnen.

Schiffe und Menschen

großer Abenteuer-Roman aus Singapore
6 Akte, von Karl Figdor,
dem Verfasser von „Herrin der Welt“

Hauptdarsteller:

Egede Nissen

Otto Gebühr

Kurt Vespermann

Liebe auf Rollschuhen urfidel Schwanck.

Wintergarten

Heute Mittwoch ab 7 1/2 Uhr

BALL.

Kein Weinzwang. Jazz-Band.

Großes Orchester.

Park-Kabarett

Wilhelmstr. 36

WIESBADEN.

Erstkl. konzess.

Kleinkunst-Spiele.

Ab 8 Uhr abends

das Okt.-Weltstadt-Programm

La Carina, Vortr.-Kunstl.

Grote Godlewski

in ihren Tanz-Schöpf.

Walt. Wichard, Grotesk-K.

Hedw. Willestrand, Sangerin

Erich Brauer, Conférencier

Paul Lanzig, Zauberer

Renard & Caspa y, Tanzd.

Heinr. Praseh, Bayr. Hum.

Gerda Heim, Grot.-T.

Willy Overzier, Lieder z. L.

Mila Endresser

die fein pik. Vortr.-K.

Dr. Allos

d. Satirik am Harmon

Nach dem Kabarett be-

suche man die PARK-BAR

und die PARK-DIELE.

Kammer-:: Lichtspiele

Mauritiusstr. 12.

Der beste Harry Piel-Film.

Der Verächter des Todes.

Abenteuer-Film in 8 Akten

mit Harry Piel.

Wenn Du denkst

Du hast'n.

Humor. Schattenbilder

Kleine Eintrittspreise:

1.50 bis 3.75 Mk.

Theater

Staats-Theater.

Mittwoch, 12. Oktober.

5. Vorstellung Abonnements-A

Der Dieb.

Romische in 3 Aufzügen von

Henry Bernstein.

Für die deutsche Bühne bearbeitet

von Rudolf Rothbar.

In Szene gesetzt von H. W. Andrian

Raymond Lagardes. 5. Akt

Jaballa, 1. Hr. W. Doppelbaur

Bernard, sein Sohn aus 1. Hr.

Ebe. Wolfgang Andrian

Richard Woyt. Willy Woyt

Marie Woyt, 1. Hr. Helga Woyt

Herr Jambault. G. Lehmann

Ein Diener. Adolf Eise

Das Stück spielt auf dem Schloß

Lagardes, in der Nähe von Paris.

Nach dem 1. Aufzuge 15. u. nach

dem 2. Aufzuge 10 Min. Pause.

Anfang 7, Ende etwa 9.30 Uhr.

Rathaus-Konzerte

Mittwoch, 12. Oktober.

Abonnements-Konzerte

Bildt. Kurorchester.

Leitung: Konzertmeister

Rudolf Bergmann.

Nachmittags 4 bis 6.30 Uhr:

1. Ouvertüre zu „Das Leben

für den Zaren“ von Gluck

2. Zwischenakt- und Ballet-

musik aus „All Baba“ von

Cherubini.

3. Improvisation in C-moll von

Schubert.

4. Ouvertüre zu „Maritana“

von Wallace.

5. Fantasie aus „Die Entfö-

hrung aus dem Serail“ von

W. A. Mozart.

6. Man lacht, man lebt, man

liebt, Walzer von Gluck.

Abends 8 bis 9.30 Uhr:

1. Ouvertüre zu „Die He-

riden“ von F. Mendelssohn

2. L'Arlésienne - Suite Nr. 1

von Bizet.

3. Ballettmusik aus der Pa-

rantomie „Le petit chie-

von Mozart.

4. Serenade, F-dur von J.

Volkmann.

Vorspiel zum 3. Akt und

Tanz der Lehrbuben aus

„Die Meistersinger von

Nürnberg“ von R. Wagner.

Abends 8 Uhr im klein. Saal:

Heiterer Abend

von Karl Ettlinger („Kach-

chen der Jugend“).

Heiteres und Nachdenkliches

aus eigenen Werken.

Walhalla „Sappho“

POLA NEGRI

Johannes Riemann :: Alfred Abel

Prinz und Bettelknabe.

Franz Evert

SCHUMANN

Theater — Frankfurt a. M. — Allabendlich 7 1/2 Uhr

OTTO REUTTER

und das sensationelle

Oktober - Varieté - Programm!

Jed. Sonntag: 2 Vorstellungen: 8 Uhr u. 7 1/2 Uhr.

8 Uhr: Fremden-Vorstellung! :: Halbe Preise.

Kartenverkauf an d. Theaterk. 10-1 u. ab 5 Uhr.